

EU: Chancen nutzen

Nach der EU-Wahl rücken die EU-Institutionen in den Fokus. Dabei können institutionelle Entscheidungsprozesse gestärkt werden, ohne Subsidiarität und Sachlichkeit in der Regulierung aus den Augen zu verlieren.

Von wafg-Hauptgeschäftsführer Dr. Detlef Groß

>> **Nach der Wahl** zum EU-Parlament gibt es zahlreiche und zugleich sehr unterschiedliche Stimmen, wie sich die Europäische Union (EU) zu den großen Herausforderungen unserer Zeit aufstellen soll. Die greifbaren Herausforderungen sind vielfältig, komplex und existentiell. Gleichmaßen für die EU als Institution, die einzelnen Mitgliedsstaaten und die Bürgerinnen und Bürger. Zugespielt reicht das Spektrum der Vorstellungen von „mehr Europa“ bis hin zu „weniger Europa“ und Positionen, die eine völlig „andere“ EU aufstellen wollen.

Die große Mehrheit dürfte nicht für radikale Brüche stehen. Aber bereits die ersten Wochen in der neuen Legislaturperiode im intensiven Ringen um die neue Kommission zeigen: Es wird nicht einfacher. Die Redebeiträge zur Debatte im neu zusammengesetzten Parlament verdeutlichen die Herausforderungen wie im Brennglas.



Europa wert schätzen

Mehr als 200 Millionen Europäer haben bei der Europawahl am 23. Mai 2019 ihre Stimme abgegeben. Das zeigt: Europa ist vielen Bürgerinnen und Bürgern wichtig. Dafür gibt es gute Gründe. Die Gesetzgebung der EU prägt die Lebenswirklich-

keit inzwischen in vielen Lebensbereichen. Vom gemeinsamen Markt bis zum Reisen ohne Grenzbäume und dem Euro – vieles ist uns im Alltag heute so selbstverständlich geworden, dass wir uns oft schon gar nicht mehr daran erinnern können, wie das „früher“

einmal war. In der Lebensmittel- und Umweltgesetzgebung ist die Rolle europäischer Vorgaben sogar noch größer und relevanter als in vielen anderen Bereichen. Dies alles sind gute Gründe, sich intensiv mit den politischen und strukturellen

Entwicklungen auf EU-Ebene direkt zu beschäftigen und konstruktiv für eine zukunftsfähige EU einzutreten. Können oder wollen wir uns wirklich vorstellen, wie Europa ohne verbindende Werte und Strukturen aussehen würde?

Das EU-Parlament setzt sich mit guten Gründen für eine weitere Stärkung seiner Rechte und seiner Stellung in Relation zu Rat und Kommission ein. Dies ist nachvollziehbar. Zugleich sollte man die gewachsenen und in den EU-Verträgen bestimmten und austarierten Aufgaben von Rat und Kommission für eine funktionierende Gemeinschaft nicht unterschätzen. Mit Nachdruck gilt es daran zu erinnern: Nationale Regierungen (und damit der Rat) sind ebenfalls demokratisch legitimiert. Und die Rolle der Kommission als „Hüterin der Verträge“ ist institutionelle Voraussetzung für die EU, wie wir sie kennen.

Gerade für Deutschland gibt es darüber hinaus klare verfassungsrechtliche Vorgaben, die aus guten Gründen und mit Blick auf unsere föderale Struktur detailliert die Spielregeln für eine Rückbindung europäischer Entscheidungsprozesse in parlamentarische Verfahren vorsehen. Einige Stimmen in der aktuellen Debatte haben zutreffend darauf hingewiesen, dass Demokratisierung und Parlamentarisierung jedenfalls nicht zwangsläufig deckungsgleiche Rechengrößen sind.

Allerdings wächst gerade in schwierigen Zeiten das Bewusstsein für grundsätzliche Fragen: So lange wie Europa und die EU für Freiheit, Frieden und Sicherheit stehen, wird es für die europäische Staatengemeinschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Akzeptanz geben. Gelingt es darüber hinaus in einer globalisierten Welt, die jeden Tag greifbarer und größer werdenden Herausforderungen etwa bei Klima- und Umweltfragen sowie sozialen Entwicklungen mit tragfähigen Lösungen anzugehen, wird die EU unverzichtbar bleiben.

Europa ist längst mehr als ein Binnenmarkt. Angesichts der ohnehin großen und ständig wachsenden Herausforderungen zwischen Nordkap und Sizilien darf man übrigens nicht unterschätzen, welche Vielzahl von kulturellen Eigenarten, Mentalitäten

und Sprachen die EU umfasst. Anschaulich und konkret: Eine Diskussion in Brüssel läuft anders als in Berlin, Bonn oder München. Umso wichtiger ist es, erreichte Errungenschaften nicht einer zunehmend greifbaren Verunsicherung zu opfern, die sich etwa als Konsequenz vermutlich schwierigerer parlamentarischer Verständigung in Straßburg und Brüssel abzeichnen.

Ein ständiger Zielkonflikt besteht zwischen verbindlichen, umfassenden Regulierungen (die Wettbewerbsverzerrungen unterbinden sollen) und berechtigten Grenzen, die sich aus den zentralen (Verfassungs-)Grundsätzen „Subsidiarität“ und „Verhältnismäßigkeit“ ergeben. Eigentlich schienen die Zeiten, in denen die EU mit Blick auf Diskussionen über die Regulierung von Gurkenkrümmung oder Olivenölkännchen diskreditiert wurde, vorbei. Gerade deshalb sind Kommission (bei ihren Regelungsvorschlägen) und EU-Parlament jeweils weiter gefordert, sich bei drängenden Themen auf Gemeinschaftsebene für sachlich belastbare, ausgewogene und umsetzbare Lösungen einzusetzen.

Freundlich formuliert: Einige der Regulierungsvorhaben, die wir branchenbezogen in den letzten Monaten begleitet haben, zeigen hier Optimierungsmöglichkeiten. Dies gilt vor allem für eine fundierte Folgenabschätzung sowie eine vorgeschaltete sorgfältige Analyse der Ausgangslage. Strukturen und Instrumente hierfür sind eigentlich vorhanden. Die praktische Anwendung ist aber nicht immer überzeugend. Ein Beispiel ist die Vorgabe in der EU-Kunststoffstrategie zu festverbundenen Verschlüssen („tethered caps“) mit unverhältnismäßigen und kontraproduktiven Folgen für Länder mit funktionierenden Pfandsystemen. Die wafg hat im Rahmen der „Öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zur Bestandsaufnahme des Konzepts der ‚besseren Rechtsetzung‘“ weitere Hinweise eingebracht.

Die EU in Zahlen

512,6

Mio. Einwohner

148,2

Mrd. EUR Haushalt, rund 20% davon deutscher Anteil

51 %

Wahlbeteiligung bei der EU-Wahl 2019, 61% in Deutschland

751

Abgeordnete im Europäischen Parlament, davon 96 aus Deutschland

28

Mitgliedsstaaten, die jeweils ein Kommissionsmitglied entsenden

Quelle: www.europarl.europa.eu

68

Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union geben an, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert hat. Damit steigt die Unterstützung für die EU auf das höchste Niveau seit 1983. Das zeigen die ersten Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage nach der Europawahl.

Bei Reformen oder dem Justieren von Abläufen – die EU und ihre Akteure dürften gut beraten sein, sich auf ihre bisherige Erfolgsgeschichte zu besinnen. Klare und gemeinsame Ziele sind wichtig, wobei Vielfalt und Subsidiarität keine Schwäche, sondern eine Stärke sind. Europa gewinnt nicht, wenn Vergemeinschaftung und Vereinheitlichung im Sinne eines „Alles-über-einen-Kamm-Scheren“ übersteuert wird. Vorgaben ohne Rücksicht auf nationale Besonderheiten werden eher nicht das Rezept sein, welches Europa und die EU nach vorne bringt. Vielfalt in Einheit lautet der bewährte Schlüssel zum Erfolg.

Kontakt

Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V. (wafg)

Telefon: + 49 (0) 30 /25 92 58 – 0,

E-Mail: mail@wafg.de,

Internet: www.wafg.de